

Gegenanträge zur Hauptversammlung

Zu unserer am Mittwoch, dem 22. Mai 2002, in Frankfurt am Main stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung haben Herr Eduard Bernhard, Kleinostheim, der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V., Köln, und Herr Dr. Heino Drieling, München, angekündigt, Gegenanträge wie folgt zu stellen:

1. Zu TOP 3 kündigen alle drei oben Genannten den Antrag an, den Vorstand nicht zu entlasten.

Begründung:

Herr Bernhard:

"wegen

- a) mangelnder Informationen (Geschäftsunterlagenzusendung f. 2001 sowie Angaben welche Beauftragten der Deutschen Bank, wie lange in welchen Positionen im Aufsichtsrat der Ph. Holzmann AG Frankfurt tätig waren), die trotz Fax-Bitte verweigert wurden;
- b) mangelnder Informationen
 - über evtl. Parteispenden, d.h. ggfs. Höhe und welche Parteien.
 - Evtl. Forderungen von Zwangsarbeitern, ggfs. Gesamthöhe u. evtl. schon geleistete Zahlungen.
 - Umfang u. Art evtl. Finanzgeschäfte im Rüstungssektor, sowie in Ländern der 3. Welt mit umweltgefährdenden/umweltzerstörenden Projekten wie z.B. Riesen-Staudämmen.
- c) Absicht, die KPMG erneut zum Abschlußprüfer d.h. f. 2001 zu bestellen, trotz zahlreicher Versagensfälle!"

Dachverband:

"Trotz eines Jahresüberschusses von fast eineinhalb Milliarden Euro will der Vorstand weitere 8.400 Arbeitsplätze vernichten. Das ist ein sozialpolitischer Skandal!

Beschäftigungssicherungs- und Qualifizierungstarifverträge zu verweigern, verhöhnt die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, aus der die Bundesregierung die Deutsche Bank wie andere Großunternehmen mit der Unternehmenssteuerreform ohnehin entlassen hat.

Auch ein ökologisches Verantwortungsbewusstsein läßt der Vorstand vermissen. Vom obersten Verwaltungsgericht Griechenlands erhielt er dafür jüngst eine schallende Ohrfeige. Ein Goldgewinnungsprojekt, das der Vorstand finanzieren wollte, sei wegen seiner extremen Umweltschädlichkeit "gesetz- und verfassungswidrig" urteilte das Gericht.

Der Vorstand ignorierte jahrelang die auf www.kritischeaktionaeere.de veröffentlichten Warnungen vor dem Projekt."

Herr Dr. Drieling:

"In einer beispiellosen Weise hat Dr. Breuer die Kreditwürdigkeit des langjährigen Kreditkunden Leo Kirch herabgesetzt, das Bankgeheimnis verletzt und großen Schaden verursacht, möglicherweise deshalb, weil Hilmar Kopper Interessen von Murdoch vertreten soll. Interne Kritiker wie Dr. Fischer mußten den Deutsche-Bank-Vorstand verlassen. Niveau und Stil der Deutsche Bank haben sich seit der Machtergreifung von Kopper katastrophal negativ entwickelt."

2. Zu TOP 4 kündigen alle drei oben Genannten den Antrag an, den Aufsichtsrat nicht zu entlasten.

Begründung:

Herr Bernhard:

- " – wegen mangelnder Kontrolle der Aktivitäten des Vorstands, z.B. bezogen auf die Skandal-Fälle Metallgesellschaft, Frankfurt u. Ph. Holzmann AG
- Duldung, daß der Vorstand als Abschlußprüfer für 2001 erneut die KPMG vorschlägt, obwohl diese Firma serienweise d.h. in den Skandalfällen Metallgesellschaft, Ph. Holzmann und vor allem bei der Firma "Flow-TeX" gravierend versagt hat."

Dachverband:

“Die Kapitalmehrheit im Aufsichtsrat deckt die umweltschädliche Kreditvergabepraxis des Vorstands, wie folgendes Beispiel belegt:

Wissenschaftliche Studien haben nachgewiesen, dass die Regenwälder der indonesischen Insel Sumatra in fünf Jahren fast vollständig verschwunden sein werden. Hauptgrund ist die explosionsartige Ausbreitung der häufig kriminell arbeitenden Papier- und Palmölindustrie.

Die Deutsche Bank ist für diese Entwicklung mitverantwortlich, weil sie mit millionenschweren Krediten an die Firma “Asian Pulp and Paper” (APP), den Holzeinschlag in den einzigartigen Regenwäldern Sumatras finanziell stützt.

Nach Recherchen der Umweltorganisation “Rettet den Regenwald” (www.regenwald.org) ist APP direkt für schwere Umweltschäden und die Vernichtung indigener Lebensräume auf Sumatra verantwortlich.”

Herr Dr. Drieling:

“Die Vorgänge bei Kirch, Holzmann, vorher DaimlerChrysler, Metallgesellschaft, Bankers Trust usw. machen überdeutlich, daß der Aufsichtsrat seinen Verpflichtungen nie qualifiziert nachgekommen ist. Weil ein solches Maß an Fahrlässigkeit kaum zu unterstellen ist, sollte der Aufsichtsrat eine Sonderprüfung, möglicherweise unter Einschaltung der Staatsanwaltschaft, im eigenen Interesse beantragen.”

3. Zu TOP 5 will **Herr Bernhard** beantragen, die Wahl der KPMG abzulehnen.

Begründung:

“Die KPMG wird als Wirtschaftsprüfer, wegen diverser Versagensfälle, d.h. 3 in Deutschland (Metallgesellschaft, Ph. Holzmann u. Flow-Tex) abgelehnt, und als Alternative z.B. Ernst & Young, Price-Waterhouse oder McKinsey vorgeschlagen.”

4. Zu TOP 10 kündigt der **Dachverband** der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre an, die Wahl ausschließlich männlicher Kapitalvertreter in den Aufsichtsrat abzulehnen.

Begründung:

“Frauen sind im Berufsleben weiterhin benachteiligt und in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert. Ein kapitalseitig nur von Männern besetzter Aufsichtsrat ist eine Beleidigung für jede Aktionärin und für jede engagierte Frau, die bei der Deutschen Bank arbeitet.

Schon in der Hauptversammlung 1997 wurden acht Prozent der Aktionärsstimmen für eine Frauenquote im Aufsichtsrat abgegeben. Die Beschäftigten der Bank haben für ein Drittel ihrer Aufsichtsratsmandate Frauen gewählt.

Vorstand und Aufsichtsrat stehen in der Pflicht, qualifizierte Kandidatinnen ihres Vertrauens zu finden und der Hauptversammlung zur Wahl in den Aufsichtsrat vorzuschlagen.”

Stellungnahme:

Die von den Antragstellern erhobenen Vorwürfe wurden ganz überwiegend bereits in mehreren früheren Hauptversammlungen eingehend behandelt. Insbesondere haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß die Kreditvergaben seit vielen Jahren jeweils auch auf ihre Verträglichkeit mit den Grundsätzen zur Umweltpolitik der Deutschen Bank und der “UNEP-Erklärung zur Umwelt und zur nachhaltigen Entwicklung” überprüft werden. Selbstverständlich handelt es sich dabei immer um mit Unsicherheiten behaftete Prognose-Entscheidungen. Wenn es beim Versand von Informationsmaterial zu Verzögerungen gekommen sein sollte, bedauern wir das sehr, darin sehen wir aber ebenso wenig wie in den anderen vorgebrachten Argumenten Gründe, von den Vorschlägen der Verwaltung abzuweichen.

Frankfurt am Main, im April 2002

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Deutsche Bank

